

# Antrag G02.001.1

Änderungsantrag zu G02

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

## Zeile 1 - 4

- 1 Als Friedenspartei vertritt Die ~~Partei DIE LINKE tritt für einen sofortigen und bedingungslosen~~  
~~Waffenstillstand~~
- 2 ~~ein. Diese Forderung gilt uneingeschränkt für alle Kriege auf dieser Welt. Für die~~
- 3 ~~Schaffung von Frieden braucht es~~Linke das Primat ziviler, nichtmilitärischer Lösungen.  
Diplomatie und ~~Interessenausgleich. Wir fordern~~
- 4 ~~dabei die Achtung des Völkerrechtes von allen Seiten~~Verhandlungen, Deeskalation und  
zielgerechte Sanktionen, die sich auf die ökonomische und politische Machtbasis und die  
militärischen Fähigkeiten eines Aggressors zielen, sind für uns die Mittel der Wahl, um  
die Waffen zum Schweigen zu bringen und das Töten zu beenden.

## Begründung

Wir wollen Kriege möglichst verhindern und existierende Kriege möglichst rasch beenden und setzen dabei auf zivile, nichtmilitärische Lösungen. Aktuell fordern wir angesichts des Krieges in Nahost und der russischen Aggression einen Waffenstillstand. Der Ursprungsantrag fordert jedoch jenseits von Raum und Zeit, dass wir immer und überall bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung einen bedingungslosen Waffenstillstand fordern. Angesichts der militärischen Niederschlagung des deutschen Faschismus durch die Alliierten würde die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands einer linken Position entsprechen, während ein bedingungsloser (!) Waffenstillstand bedeutet hätte, dass das Morden in den KZs weitergeht. Auch angesichts des Vietnamkriegs hat die internationale Linke nicht für einen bedingungslosen Waffenstillstand, sondern unter Losung „Amis raus aus Vietnam“ für den Sieg der NLF mobilisiert. Während des Guerillakriegs der „Bewegung 26. Juli“ gegen das kubanische Batistaregime und dem der Sandinisten in Nicaragua gegen die Somoza-Diktatur war die Forderung nach einem bedingungslosen Waffenstillstand wenig sinnvoll, stattdessen ging es um den Sturz dieser Terrorregimes.

# Antrag G04.002.1

Änderungsantrag zu G04

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

## Zeile 2 - 16

- 2 ~~Der deutsche Militarismus hat im vergangenen~~Zwei Weltkriege haben im zwanzigsten  
Jahrhundert ~~maßgeblich nicht nur unseren~~
- 3 ~~Kontinent zweimal ins Verderben gestürzt. Sowohl im Zusammenhang mit dem Ersten als~~
- 4 ~~auch dem Zweiten Weltkrieg sahen die hierzulande Herrschenden in der militärischen~~
- 5 ~~Gewalt das wichtigste Mittel zur Lösung außenpolitischer Fragen. Das kostete im~~
- 6 ~~Ersten Weltkrieg mehr als 15 Millionen Menschen das~~Millionen ~~Leben. Der deutsche~~  
~~Faschismus~~
- 7 ~~machte den deutschen Militarismus zu einer unfassbar grausamen, chauvinistischen~~
- 8 ~~Ausgeburts des Völkerhasses und des Völkermords. Sechs Millionen europäische Jüdinnen~~
- 9 ~~und Juden wurden industriell ermordet. Eine halbe Million Sinti und Roma fielen dem~~
- 10 ~~Völkermord zum Opfer und 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion~~

11 ~~überlebten den Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands nicht. Insgesamt~~ gekostet. Im zweiten  
12 Weltkrieg kamen im Zweiten  
13 ~~Weltkrieg insgesamt~~ mehr als 65 Millionen Menschen um. ~~Keine andere~~ Die Schlussfolgerung  
14 konnte es  
15 ~~aus diesem Gemetzel geben als: »Nie, Nie wieder Krieg und Faschismus«. Seither sind~~  
16 ~~fast~~ Faschismus“ ist heute so aktuell wie vor  
17 80 Jahre vergangen. Vergessen scheinen Brechts Worte aus dem Gedicht »Deutschland«:  
18 »Oh Deutschland, bleiche Mutter! / Wie sitzt Du besudelt / Unter den Völkern /  
19 Unter den Befleckten / Fällst du auf« Jahren. Angesichts der Kriege in der Ukraine, im Nahen  
20 Osten und an anderen Orten ist ein lautes, entschlossenes Nein zum Krieg erforderlich. Die  
21 Initiative von 50 Nobelpreisträger\*innen von 2021 der richtige Schluss: Alle Mitgliedsstaaten  
22 der Vereinten Nationen senken ihre Rüstungsausgaben jedes Jahr um 2 Prozent und  
23 verwenden die so freiwerdenden Mittel zum Kampf gegen die Klimakatastrophe, Armut und  
24 Pandemien. Das wäre wirklich ein Beitrag zum Weltfrieden.

### Zeile 17 - 30

17 ~~Schamlos wird heutzutage verkündet~~ Die Ampelregierung erklärt, Deutschland müsse wieder  
18 kriegstüchtig werden.  
19 ~~Und es wird nicht nur verkündet; der Krieg wird vorbereitet, verbunden mit der~~  
20 ~~Behauptung~~ Kriegstüchtigkeit wird als gesellschaftliches Ziel, als Anforderung an die junge  
21 Generation und als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern ausgegeben. Die  
22 Bundesregierung rüstet auf und behauptet, nur so könne der Frieden ~~bewahrt werden. Auch~~  
23 ~~das ist nicht neu. Auch das~~  
24 ~~sagte schon Kaiser Wilhelm II. und ebenso der Reichskanzler, der den nächsten~~  
25 ~~Weltkrieg vorbereitete. Und die Behauptung, Deutschland sei nunmehr eine~~  
26 ~~Friedensmacht, eingebunden in ein Verteidigungsbündnis, hält keiner Analyse stand.~~  
27 ~~Denn gerade die NATO und ihre Hauptmacht – die USA – sind nicht Teil der Lösung,~~  
28 ~~sondern Teil des Problems. Auch der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der~~  
29 ~~Ukraine, der zugleich ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO ist,~~  
30 ~~macht das westliche Militärbündnis nicht~~ gesichert werden. Von der gesellschaftlichen  
31 Rechten bis zu einer friedensbewahrenden Kraft. Die  
32 ~~wortbrüchige NATO-Osterweiterung gehört vielmehr zur Vorgeschichte des Ukraine-~~  
33 ~~Krieges, der wohl hätte vermieden werden können, wären russische~~  
34 ~~Sicherheitsinteressen nicht völlig ignoriert worden und gäbe es ein kollektives~~  
35 ~~Sicherheitsystem unter Einbeziehung Russlands~~ Teilen der SPD und SPD-  
36 Verteidigungsminister Pistorius wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert.

### Zeile 31 - 34

31 ~~Doch wer auch immer wie auch immer den Ukraine Krieg bewertet: Die Partei Die Linke~~  
32 ~~wendest~~ stellt sich uneingeschränkt gegen das in rasendem Tempo vonstattengehende  
33 ~~Wiedererstarke~~ des deutschen der Aufrüstung und dem erstarkenden Militarismus  \_  
34 entschieden entgegen. Wir fordern daher in völliger  
35 Übereinstimmung mit den friedenspolitischen Grundsätzen unseres Parteiprogramms:

### Zeile 35 - 41

35 1. Die ~~massive~~ Aufrüstung muss beendet werden. Aus dem Bundeshaushalt ~~des laufenden~~  
36 ~~Jahres werden~~ werden 2024 über 90 Milliarden Euro für ~~die~~ Hochrüstung und weitere  
37 Milliarden für  
38 ~~die Ukraine~~ ausgegeben. Diese todbringenden Mittel werden der Gesundheitsfürsorge,  
39 der Infrastruktur, der Bildung Dieses Geld wird der Gesundheitsversorgung, dem Unterhalt  
40 von Brücken und Bahnstrecken, dem Bildungssystem, der Rentenversicherung, den sozialen

### Sicherungssystemen und Subventionen für

- 39 ~~bezahlbare Mieten~~ Weiterbildungen für Arbeitslose und dem sozialem Wohnungsbau entzogen. ~~Schluss mit der „Kanonen statt Butter Politik“, die~~ Für eine Kindergrundsicherung, ein günstiges Nahverkehrsticket und sichere Renten ist angeblich kein Geld da. Aber für Panzer und Kampfflugzeuge wurden über Nacht 100 Milliarden Euro zusätzlicher Schulen in die Verfassung geschrieben. Wenn die 100 Milliarden 2027 aufgebraucht sind, wird im Bundeshaushalt weiter zusammengestrichen werden, um weiter 2% oder mehr der Wirtschaftsleistung in Kriegsgerät zu stecken. Das ist Politik zu
- 40 Lasten ~~der Lohnabhängigen~~ von Beschäftigten, Kindern, Älteren und sozial Benachteiligten - geht - . Der Kampf gegen die ~~Aufrüstung und~~ Militarisierung
- 41 ~~zu kämpfen, heißt unmittelbar~~ ist ein Einsatz für ihre sozialen Interessen ~~zu vertreten~~.

### Zeile 42 - 43

- 42 2. ~~Wir lehnen die wie auch immer geartete~~ Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht ~~ab und~~
- 43 ~~unterstreichen unsere Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.~~ Schluss mit der Werbung fürs Militär und der Rekrutierung Minderjähriger. An Schulen und

### Zeile 46 - 51

- 46 3. ~~Schluss mit den Waffenlieferungen in alle Welt; vor allem Schluss mit den~~
- 47 ~~Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel.~~ Wir ~~wollen kein neues NATO-Kommando~~
- 48 ~~für die Ukraine, nicht in Wiesbaden und nirgendwo sonst~~ sagen Nein zur geplanten
- 49 Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. ~~Schluss mit~~
- 50 ~~den Irrsinnspfiten der Rüstungsindustrie. Allein Rheinmetall – der Konzern~~
- 51 ~~verdiente schon Unsummen an den zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert – konnte seine~~
- 52 ~~Profite in den letzten zehn Jahren auf das Fünfzehnfache steigern~~ Diese Raketen erhöhen
- 53 nicht unsere Sicherheit, sondern schaffen neue Risiken und erhöhen die Kriegsgefahr. Die
- 54 Bundesregierung muss sich stattdessen dafür einsetzen, dass die Rüstungskontrollverträge
- 55 wieder in Kraft gesetzt werden. Sie muss den Atomwaffenverbotsvertrag endlich
- 56 unterzeichnen und die USA zum Abzug der Atomwaffen aus Büchel auffordern. Schluss mit
- 57 der nuklearen Teilhabe und Nein zu einer europäischen Atombombe.

### Zeile 52 - 55

- 52 4. ~~Die Weigerung der hierzulande Herrschenden, Verhandlungen, Diplomatie und~~
- 53 ~~Deeskalation wieder~~ Allein Rheinmetall konnte seine Profite in den ~~Mittelpunkt politischen~~
- 54 ~~Agierens zu stellen, muss beendet~~
- 55 ~~werden. Auch Sanktionspolitik trägt nicht dazu bei, die Verhältnisse wieder~~
- 56 ~~friedvoller zu gestalten~~ letzten zehn Jahren auf das Fünfzehnfache steigern. Schluss mit den
- 57 Waffenlieferungen! Schluss mit den riesigen Profiten der Rüstungsindustrie.

### Zeile 56 - 62

- 56 5. Gerade in Anbetracht eines drohenden nuklearen Infernos wollen wir keine neuen US-
- 57 ~~Waffensysteme auf deutschem Territorium. Sie machen uns zur Zielscheibe. Die~~
- 58 ~~Bundesregierung muss hingegen den Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterzeichnen und~~
- 59 ~~die USA auffordern, die Atomwaffen aus Büchel abzuziehen. Die nukleare Teilhabe muss~~
- 60 ~~beendet werden und es muss eine klare Ablehnung einer sogenannten europäischen~~
- 61 ~~Atombombe geben. Wir wenden uns uneingeschränkt gegen die Militarisierung der EU und~~
- 62 ~~fordern das Wiederinkraftsetzen der Rüstungskontrollverträge~~ lehnen Einsätze der
- 63 Bundeswehr im Ausland ab. Solche Einsätze erhöhen nicht die Sicherheit der dortigen
- 64 Bevölkerung und tragen nicht zum Schutz der Menschenrechte bei.

## Zeile 63 - 72

63 ~~6. Die Kriegshysterie in Politik, Medien und Gesellschaft muss ein Ende haben. Sie~~  
64 ~~ist Hauptbestandteil der ideologischen Kriegsvorbereitung. Den Kern dieser Hysterie~~  
65 ~~bildet die Behauptung, Russland bereite sich darauf vor, NATO-Staaten und somit auch~~  
66 ~~Deutschland anzugreifen. Dass die russische Führung dies mehrfach zurückgewiesen hat,~~  
67 ~~wird ignoriert. Ebenso wird ignoriert, dass die NATO im Jahr 2023 mehr als das~~  
68 ~~Zwölfwache an Rüstungsausgaben hatte wie die Russische Föderation. Damit diese~~  
69 ~~Ignoranz Früchte trägt, wurde und wird ein Russenhasse entfacht, der selbst Verhandlungen,~~  
70 ~~Diplomatie und Deeskalation müssen endlich wieder in den aus~~  
71 ~~Zeiten des Kalten Krieges überbietet. Mit diesem geschichtsvergessenen ideologischen~~  
72 ~~Wahn muss Schluss gemacht werden. Völkerhass, jeglichem Rassismus und Antisemitismus~~  
~~dürfen nirgendwo und in keinem Kontext Raum gegeben werden~~Mittelpunkt der Politik  
gestellt werden. Deutschland darf nicht Teil einer neuen Blockkonfrontation werden und  
selbst imperialistische Interessen verfolgen. Die Bundesregierung muss sich für eine  
strategische Unabhängigkeit der EU einsetzen, um in internationalen Konflikten glaubhaft  
vermitteln zu können.

## Zeile 74 - 79

74 ~~Bewegungen und vertiefen unsere Zusammenarbeit mit ihnen. Denn alle – sei es die~~  
75 ~~Friedens-, Antifa- oder Umweltbewegung – haben es in Gestalt des mächtigen~~  
76 ~~Profitsystems mit demselben Gegner zu tun. Die Partei Die Linke verweist mit allem~~  
77 ~~Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen zunehmenden präfaschistischen~~  
~~Entwicklungen~~  
78 ~~und den Kriegsvorbereitungen. Wir haben die Lehren aus der Geschichte nicht vergessen~~  
79 .

# Antrag G05.001.1

Änderungsantrag zu G05

Antragsteller\*in:

Partei Vorstand

## Zeile 1 - 3

4 ~~**Arbeitsplätze und Klima retten**~~  
~~**Produktion raus aus Unternehmerhand**~~  
3 ~~**Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion**~~

Zeilen 1 bis 88 ersetzen durch:

**Autoindustrie: Umbau starten, Jobs retten!**

Wir wollen Arbeitsplätze retten – nicht die veralteten Geschäftsmodelle der Konzerne und die Boni der Bosse!

Die Lage der deutschen Autoindustrie ist alarmierend: Ford schließt die Fabrik in Saarlouis und kürzt in Köln. Hunderte Betriebe der Zulieferindustrie wie Bosch, Conti, ZF und Mahle haben Werke geschlossen und ihr Personal um über 60.000 Menschen reduziert. Gerade erst hat ZF verkündet, weitere 14 000 Stellen zu streichen. Viele Firmen stehen vor existenziellen Problemen – ohne Konversion droht ihnen die Abwicklung und den Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Jetzt hat die Krise auch die Fahrzeughersteller erreicht. Vor wenigen Wochen hat VW mehrere Tarifverträge aufgekündigt, darunter den seit den 1994 bestehenden Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Der Konzern droht mit

Werksschließungen und will 5 Milliarden Euro beim Personal einsparen. Schuld sei die Unterauslastung der VW-Werke, vor allem an Standorten mit E-Auto Fertigung.

Das Gespenst der Deindustrialisierung geht um, hunderttausende Jobs sind bedroht. Ursächlich für diese Krise sind die Fehlplanungen und die falsche Produktstrategie der

Manager, der rückläufige Autoabsatz – allein in Europa minus zwei Millionen pro Jahr – sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und BMW mit immer größeren und teureren Autos hohe Gewinne machen, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre Zukunft bangen.

VW ist das beste Beispiel dafür, wie die Autokonzerne versuchen, ihre Profite zu sichern. Die Aufkündigung der Tarifverträge durch VW so kurz vor der Tarifrunde mit der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie ist natürlich kein Zufall, sondern Verhandlungsstrategie.

Während 5 Milliarden bei den Beschäftigten eingespart werden sollen, hat VW dieses Jahr 4,5 Milliarden an Dividenden ausgeschüttet. Jetzt fordert VW neue staatliche Kaufprämien für Elektroautos, andere fordern eine Abwrackprämie. Mit solchen Lösungen wollen die VW-Bosse ihre Marktanteile gegenüber der Konkurrenz behaupten: Das Ergebnis sind globale Überkapazitäten zu Lasten von Beschäftigten und der Umwelt. Zudem sind Kaufprämien für E-SUVs Steuergeschenke für Spitzenverdiener. Subventionen dieser Art sind nur ein Strohfeuer, können kurzfristig den Absatz erhöhen und können angesichts der strukturellen Probleme der Automobilindustrie keine Abhilfe schaffen.

CDU, BSW und FDP stellen das Verbrenner-Aus infrage und wollen energieintensive und teure synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) etablieren, die Extremisten der AfD sind „stolz auf den deutschen Diesel“, Grüne und SPD begnügen sich mit dem Antriebswechsel – aber niemand setzt sich wirklich für die Beschäftigten ein. Stattdessen dreht sich die Diskussion vor allem darum, dass wir uns zwischen Verbrenner-SUVs und E-SUVs entscheiden sollen. Beide sind keine Lösung. Beide sind kein Beitrag zum Klimaschutz, verbrauchen zu viele Ressourcen und sind für viele Menschen unbezahlbar.

### **Jobgarantien und Weiterbildungen für die Beschäftigten**

Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen können, müssen wir unsere Industrie umbauen, um gute Arbeit zu sichern und zu schaffen. Das geht nur sozial gerecht. Wir brauchen eine Jobgarantie, eine Einkommensgarantie und eine Weiterbildungsgarantie für die Beschäftigten in der Autoindustrie. Sie brauchen gute und verlässliche Perspektiven in einer Industrie mit Zukunft, mit guten Löhnen, Tarifverträgen und sicheren Arbeitsplätzen. Insbesondere die jungen Kolleg\*innen und Auszubildenden wollen ihre Zukunft planen können.

Die chinesische Autoindustrie ist den hiesigen Autokonzernen beim Bau von E-Autos meilenweit voraus. Bald werden Hersteller aus China den europäischen Markt mit kleinen und bezahlbaren E-Autos beliefern – nachdem deutsche Autokonzerne jahrzehntelang vom Absatz in China profitiert haben. Eigentümer und Manager der deutschen Autoindustrie haben die Entwicklung ignoriert, weil sie auf kurzfristige Profite setzen: lieber SUVs und Luxusautos mit großer Gewinnmarge als für die Mobilität der Zukunft zu produzieren. Das Ergebnis zeigt sich jetzt: Während China seine Kfz-Exporte nach Deutschland steigert, sinken die Absatzzahlen deutscher Autos in China. Die EU hat jetzt Strafzölle für die chinesischen Hersteller eingeführt – als gäbe es in Deutschland keine Subventionen, als würde ein Handelskrieg nicht auch die Industrie in Deutschland belasten.

### **Die Konzern-Bosse in die Pflicht nehmen!**

Die Verkehrswende muss mehr als eine Antriebswende sein. Die Mobilität der Zukunft sind moderne und bequeme Busse und Bahnen für mehr öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Aber viele Menschen werden z.B. auf dem Land über längere Zeit auch auf ein Auto angewiesen sein. Dafür müssen kleine und kostengünstige E-Autos produziert werden, Kleinbusse, die

flexibel im ÖPNV eingesetzt werden können, keine SUVs und Luxuskarossen.

Es braucht politische Steuerung und mehr Mitbestimmung, denn die Unternehmen der automobilen Wertschöpfungskette werden ihrer Verantwortung nicht gerecht: Die großen Konzerne haben die wichtigsten Entwicklungen verschlafen. Die Firmen nutzen die Kompetenzen und Fähigkeiten ihrer Beschäftigten nicht. Die Regierung muss deshalb endlich handeln und Milliarden investieren in den sozial-ökologischen Umbau der Industrie und gute Jobs, damit gute Arbeit und echter Klimaschutz Hand in Hand gehen.

Die Regierung tut nichts, um die Autoindustrie unter Beteiligung der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Ingenieurinnen und Ingenieure auf sinnvolle, zukunftsfähige Produktion umzustellen. Mit dem Festhalten an der Schuldenbremse und der Weigerung hohe Vermögen und Superreiche zu besteuern, blockiert sie die dringend notwendigen Investitionen in die sozial-ökologische Transformation.

Wir stellen uns gegen die Deindustrialisierung und für eine Mobilität der Zukunft.

Was es jetzt braucht für den sozial-ökologischen Umbau, für Sicherheit und Gerechtigkeit, für gute Arbeit:

Eine Jobgarantie in allen Branchen, die vom Umbau betroffen sind (Autoindustrie, Schienenfahrzeugindustrie, Stahl, Kohle, Chemie, Zement etc.): Niemand darf durch und nach dem Umbau der Industrie sozial abstürzen – das machen die Beschäftigten, die sich jahrelang den Rücken krumm gemacht haben, zu Recht nicht mit. Insbesondere für Beschäftigte in den kleinteiligen Zulieferer-Werken brauchen wir zudem eine staatliche Weiterbildungsgarantie: Alle, die sich fortbilden wollen, müssen das tun können, egal ob es sich um Weiterbildungen innerhalb oder außerhalb des aktuellen Berufsfelds handelt, egal ob die Unternehmensleitung das will oder nicht.

Industriearbeitsplätze mit Zukunft schaffen: Statt immer mehr (E-)SUVs brauchen wir nicht nur kleine und bezahlbare E-Autos, sondern auch neue Züge, Straßenbahnen und Busse. Um das umzusetzen, brauchen wir Mitbestimmung und Demokratie in den Entscheidungen, was produziert wird. Die Eigentümer und Manager der Autoindustrie fahren den Laden gerade gegen die Wand. Es ist angesichts dieses Versagens nicht mehr hinnehmbar, dass eine winzige Minderheit darüber entscheidet, was produziert wird. Die Unternehmen der Automobilindustrie sollten gesetzlich das Ziel eines sozial-ökologischen Umbaus verpflichtet werden. Damit ist der share-holder-Value nicht mehr das alleinige und bestimmende Unternehmensziel. Betriebsräte und regionale Transformationsräte müssen Mitbestimmungsrechte erhalten und in wichtige Unternehmensentscheidungen eingebunden werden. Vertreter\*innen der Politik vor Ort, der Beschäftigten und Gewerkschaften und Wirtschaftsförderungsinstitutionen können so gemeinsam Konzepte zur Finanzierung und Gestaltung betrieblicher Konversion erarbeiten und in ein Konzept regionaler Strukturpolitik einbetten.

Die Bundesregierung muss zusammen mit den Belegschaften, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten – und im Interesse des Allgemeinwohls zu realisieren. Bei der Finanzierung der ökologischen und technologischen Modernisierung der Produktion wollen wir die Konzerne und Aktionäre in die Pflicht nehmen. Die Regierung muss den Umbau steuern und konkrete Vorgaben machen. Die Milliarden für den sozial-ökologischen Umbau der Industrie dürfen nicht einfach in die Taschen der Konzerne wandern, sondern muss an Bedingungen gekoppelt werden: betriebliche und gesellschaftliche Mitbestimmung, hohe ökologische Standards, Arbeitszeitverkürzung, Tarifverträge, Jobgarantien für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Wo öffentliche Förderung fließt, muss dies mit der Stärkung öffentlicher Kontrolle und Eigentums einhergehen. In der Satzung der IG Metall heißt es:

„Aufgaben und Ziele der IG Metall sind: ... Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“ Angesichts der Krise der Automobilindustrie als Schlüsselindustrie und der notwendigen sozial-ökologischen Transformation sind öffentliche Kontrolle, die Demokratisierung von Unternehmen und öffentliches Eigentum dringend notwendig für eine zukunftsfähige, nachhaltige und gute Arbeit sichernde Industrie - und nicht die Steigerung des Aktienwerts und der Dividendenausschüttung.

## Antrag G06.001.1

Änderungsantrag zu G06

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

### Zeile 1

1 ~~Wie AfD und~~ **Rechtsextremismus** wirkungsvoller bekämpfen!

Zeilen 2 bis 42 ersetzen durch:

Das Erstarken der AfD und des Rechtsextremismus in Deutschland erfordert unseren entschlossenen, aber auch klugen Einsatz. Trotz fleißiger Proteste und warnenden Kampagnen überall im Land konnten wir das Erstarken der AfD in den letzten Jahren nicht aufhalten. Rechtsextreme Propaganda im Stil der NSDAP, übersät mit Halbwahrheiten und Lügen prägen immer mehr das Meinungsbild der Bevölkerung. In Thüringen, Sachsen und Brandenburg wählten zuletzt rund 30 % der Wähler die dort als gesichert rechtsextrem eingeordnete AfD – obwohl sich breitaufgestellte Bürgerbündnisse immer wieder mahndend an die Menschen wandten.

DIE LINKE ist sich einig und ihrer Rolle bewusst, dass sie sich dieser verheerenden gesellschaftlichen Entwicklung entgegenstellen will und wird.

DIE LINKE ist sich ebenso einig, dass das nur eins bedeuten kann: Wir geben unsere Werte nicht auf! DIE LINKE bleibt im Kampf gegen Rechtsextremismus stabil und zuverlässig.

1. Unsere Flüchtlings- und Migrationspolitik bleibt vom humanistischen Grundkonsens geprägt.

2. Klima – und Wirtschaftspolitik sind untrennbar verknüpft und werden nur erfolgreich vorangetrieben werden, wenn sie sozial gerecht gestaltet werden.

3. Soziale Gerechtigkeit wird es im Land nur geben, wenn die Ärmsten des Landes nicht gegeneinander ausgespielt werden und die Gewinne und Vermögen der Superreichen für die Politik kein Tabu bilden.

Erfolgreich, das wissen wir, werden wir den Kampf nur führen können, wenn wir ständig lernen und unsere Konzepte stetig weiterentwickeln. Dazu braucht es eine genaue Analyse, wie es der AfD gelingen konnte derart den Diskurs in der Gesellschaft nach rechts zu verschieben, so dass abgesehen von der LINKEN in allen Parteien ein Rechtsruck in den politischen Aussagen zu verzeichnen ist.

- Während wir immer wieder mit Bündnispartnern vor dem klaren rechtsextremen Grundwesen der AfD warnen, hat es die AfD längst verstanden diesen Gegenwind selbst propagandistisch zu nutzen und „rechts“ sein als gegen die „Ampel“ und „die da oben“ umzudeuten. Dem „RECHTS“ sein wurde in Teilen der Bevölkerung ein positives Image gegeben.
- Ob Klimamaßnahmen oder Flüchtlingskosten – die Bundesregierung vermeidet es strikt Verursacher-Konzerne von Rheinmetall bis RWE mit Übergewinnsteuern daran zu

beteiligen. Die AfD hingegen nutzt die Angst vor den Kosten um gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und gegen den Klimaschutz Stimmung zu machen.

- Der AfD gelingt es mittels einfacher Slogans, Halbwahrheiten und Lügen Emotionen zu entfachen, zu schüren und zu nutzen während die faktenbezogene Gegenargumentation blass und belehrend wirkt.

Daraus resultierend wird die LINKE:

1. Sich stärker als je zuvor in demokratischen Bündnissen gegen Rechtsextremismus engagieren. Das heißt auch, dass wir jedem Mitglied einer demokratischen Partei die Hand reichen, dass diesen Kampf gemeinsam mit uns führen will. Wir sind nicht allein!

2. Unsere Proteste müssen inhaltsstärker und an den Triggerpunkten der Bevölkerung orientiert sein. Wir dürfen die AfD nicht länger unfreiwillig in ihrer selbstgewählten Märtyrerrolle stärken, sondern müssen sie als unsozial, zutiefst kapitalistisch, national-egoistisch, also als Gefahr für ein besseres Land entlarven.

In den Politikfeldern wie Asylpolitik, Friedenspolitik, Klimapolitik und Sozialpolitik, in denen schlechte Ampel-Regierungspolitik der AfD in die Hände spielt, müssen wir sehr viel stärker und besser als zuvor verständliche und nachvollziehbare Alternativen aufzeigen.

Das heißt also weiter:

3. Eine humanistische Asylpolitik bedeutet nicht nur Menschen aufzunehmen, sondern ihnen auch eine Chance für das künftige Leben zu bieten. Das ist in Deutschland meistens nicht der Fall. Lange Asylverfahren verknüpft mit einem Arbeitsverbot und dürftigen Integrationsangeboten, kaum sozial gerechte Einwanderungsregelungen für echte Perspektiven und ewiger Streit um die Kosten oft zu Last der Kommunen prägen die Debatte, während die Fluchtursachenverursacher wie der Konzern Rheinmetall trotz gewaltiger Gewinne nicht in die Mitverantwortung genommen werden. Monatelange Bürokratie bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen... all das nutzen Rechtsextreme verschiedener Parteien, nicht nur die der AfD indem sie die so erzwungene Hilfsbedürftigkeit der Flüchtlinge gegen diese wenden.

Will die LINKE, dass in Deutschland eine humanistische Flüchtlings- und Migrationspolitik gelebt wird, muss sie die Bürger überzeugen, dass dies nicht nur zum Wohle dieser Menschen geschieht, sondern die gesamte Gesellschaft mit zusätzlichen Arbeits- und Fachkräften, aber auch kultureller Vielfalt davon profitiert. Ängste kann man nicht verurteilen – man muss sie entkräften! Eine bessere Perspektive in der Migrationspolitik, ein Fokus auf die Chancen entzieht der AfD den Nährboden für Hass und Hetze.

4. Friedenspolitik ist nicht nur Frieden fordern. Die Gesellschaft streitet sich jedoch, wie ein Frieden, z. B. in der Ukraine errungen werden kann. Wie kann das Sterben endlich aufhören? – Mit pauschalen Forderungen wie „Rüstungsexporte verbieten – weltweit“ dringt die LINKE nicht mehr durch. Es ist zu wenig, um glaubhaft als friedenspolitischer Motor wahrgenommen zu werden.

Deswegen muss die LINKE deutlich klarer als bisher nachvollziehbare Friedensstrategien aufzeigen. Die erste und wichtigste Forderung muss daher sein – „Das Töten und Zerstören muss aufhören“ Waffenstillstand heißt aufhören mit Schießen - und dann verhandeln. Vergiftete Waffenstillstandsforderungen, die der Kapitulation einer Seite gleichkommen, sind nie ehrliche Forderungen. Klar ist für die Linke aber auch, ganz im Gegensatz zu AfD und BSW, dass ein Aggressor mit Krieg nie erfolgreich sein darf. In den Friedensverhandlungen nach Abschluss eines Waffenstillstandes ist alles dafür zu tun, dass es die völkerrechtlich einzig vertretbare Lösung gibt, dass alle widerrechtlich besetzten Gebiete zurückgegeben werden.

5. Viele Menschen, das ist Realität lehnen Klimaschutzmaßnahmen wie eine Verkehrswende

oder eine Heizungswende ab – weil sie Angst vor den zu erwarteten Kosten haben. Die LINKE wird sich in der kommenden Zeit noch mehr Gedanken machen müssen, wie es glaubhaft umgesetzt werden kann, dass dieser Wandel nicht nur sozial verträglich, sondern auch sozial fortschrittlich gestaltet wird. Nur so wird es möglich sein, dass ein Scheitern der Klimapolitik aufgrund von geschürten Ängsten verhindert wird.

6. Durch Spaltung der Gesellschaft haben es AfD, aber auch Union und FDP geschafft, sozial gerechter Politik ein negatives Image zu verschaffen – gegenwärtig ist der angeblich arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger mehr Thema als die Bekämpfung z. B. von Alters- oder Kinderarbeit. Die LINKE hat unterdessen sehr viel Zeit mit dem Streit verbracht, ob ein Bedingungsloses Grundeinkommen nun gut oder schlecht ist. In Zukunft wird sich die LINKE wieder mehr ihrer besonderen sozialpolitischen Verantwortung in der Gesellschaft zuwenden – mit Konzepten, aber auch mit einer klugen Öffentlichkeitsarbeit.

## **Begründung**

In den zurückliegenden letzten Jahren war weder die LINKE im Besonderen, noch die demokratische Zivilgesellschaft erfolgreich im Kampf gegen einen erstarkenden Rechtstextremismus in weiten Teilen der Gesellschaft, welcher sich nicht zuletzt in Wahlerfolgen der AfD widerspiegelt.

Doch Klagen hilft nicht. Viele Genossinnen und Genossen der LINKEN machten nach den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg deutlich, dass trotzdem die Entschlossenheit gewachsen ist, trotz allem Gegenwind zu unseren Werten zu stehen. Unsere Werte für eine solidarische, soziale und friedliche Gesellschaft werden wir nicht Wahlerfolgen zu liebe aufgeben.

Aber wir sehen uns in der Verantwortung in unserem Kampf besser, stärker und klüger zu werden. Unser Kampf gegen eine AfD, gegen Rassismus und Rechtsextremismus muss in allererster Linie darin bestehen, den Menschen in unsrem Land zu vermitteln, dass unsere Werte und unser Weg zum Wohle aller Menschen im Land ist, wenn er gemeinsam gegangen wird.

Die AfD arbeitet mit Tricks, Täuschung und Betrug. War sie kürzlich noch für die Streichung aller Subventionen, gab sie sich später plötzlich als Vorkämpfer für die Landwirte. Hat sie gerade noch gegen eine soziale Politik im Bundestag gestimmt, macht sie heute angeblich für die „kleinen Leute“ Wahlkampf.

Während die LINKE gegen Armut kämpft spielt die AfD die Ärmsten im Land gegeneinander aus während die Reichen nicht angetastet werden.

In ihren propagandistischen Strategien und in ihrer Sprache gleicht die AfD immer mehr der NSDAP – nicht zuletzt, weil genau das in Deutschland bereits einmal erfolgreich war. Nazi-Parolen erleben Neufassungen und aus dem „Deutschland erwache“ der SS wurde heute, „das Volk müsse erwachen“!

Wütende Proteste allein werden diese AfD nicht stoppen. Wir als LINKE sind gemeinsam mit allen demokratischen Partnern in der Verantwortung unseren Beitrag zu leisten zum einen die AfD zu entlarven als dass was sie hinter der Fassade ist, aber auch zum anderen den Menschen im Lande einen Weg aufzuzeigen, den sie selbst als den für sich besseren annehmen.

## Antrag G08.001.1

Änderungsantrag zu G08

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Antrag wird mit der in [G08.003.1](#) beantragten Änderung in den Ersetzungsantrag [G12.001.1](#) aufgenommen und dort mit weiteren zusammengeführt.

## Antrag G08.003.1

Änderungsantrag zu G08

Antragsteller\*in: Parteivorstand

### Zeile 3 - 7

- 1 Gaza und dem Westjordanland umgehend ~~Asyl~~den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten.  
~~Wir fordern die~~
- 2 ~~Einrichtung eines speziellen Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen in~~
- 3 ~~Erstaufnahmeeinrichtungen und die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen für~~
- 4 ~~Palästinenser\*innen, um sie und vor Abschiebung zu schützen und ihnen geschützt werden.~~  
Wir fordern die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms, das den betroffenen Menschen  
einen gesicherten Status und damit eine sichere
- 5 Zukunft in Deutschland ~~zu ermöglichen~~ermöglicht.

## Antrag G09.002.1

Änderungsantrag zu G09

Antragsteller\*in: BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

### Zeile 2 - 11

- 2 ~~Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition Antisemitismus" der~~
- 3 ~~International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und~~
- 4 ~~Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu~~
- 5 ~~Räumen und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen,~~
- 6 ~~Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke~~
- 7 ~~kritisiert den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein~~
- 8 ~~massives Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist. Damit hat~~Die Linke stellt sich die
- 9 ~~Definition~~entschieden gegen Antisemitismus. Der Kampf gegen Antisemitismus erfordert  
eine Antisemitismusdefinition, die den Namen verdient und nicht für politische Zwecke  
missbraucht wird. Eine Antisemitismusdefinition für Monitoring und die Bekämpfung von  
Antisemitismus als auch in diesem Sinne zu einem repressiven Instrument entwickelt, um
- 10 ~~unliebsame Kritik und politischen Protest zu verhindern. Diese Praxis unterläuft den~~
- 11 ~~Kampf gegen Antisemitismus als komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe für~~  
Bildungszwecke ist notwendig. Dafür will Die Linke die „Jerusalem Erklärung zum  
Antisemitismus“ stärken, in dem die Auffassung vertreten wird, dass Antisemitismus einige  
spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem  
allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und  
geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

### Zeile 12 - 19

12 ~~Gleichwohl erkennt die Linke an, dass eine Antisemitismusdefinition für Monitoring~~  
13 ~~und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich ist und~~  
14 ~~empfiehlt als Nachdenk~~Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition- und  
Diskussionshilfe die „Jerusalemmer Erklärung zum  
15 Antisemitismus“ vom Frühjahr 2021, in dem die Auffassung vertreten wird, dass  
16 Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch  
17 untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer,  
18 kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.  
19 ~~Sie verweist darauf, dass Antizionismus nicht gleich Antisemitismus ist~~Antisemitismus“ der  
International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und  
Bundestagsbeschlüssen als verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen  
und Fördermitteln zu kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen,  
Personenüberprüfungen und Bekenntniszwänge lehnen wir ebenfalls ab. Die Linke kritisiert  
den zunehmenden Gebrauch der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein massives  
Einfallstor für autoritäres, staatliches Handeln ist. Damit hat sich die Definition auch in  
diesem Sinne zu einem repressiven Instrument entwickelt, um unliebsame Kritik und  
politischen Protest zu verhindern. Diese Praxis unterläuft den Kampf gegen Antisemitismus  
als komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

## Antrag G10.014.1

Änderungsantrag zu G10

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

### Zeile 18 - 19

18 ~~Völkerverständigung, der solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit,~~~~der Bekämpfung~~  
19 ~~von Armut, von sozialer Ausgrenzung und von ungleichen Lebenschancen~~ verfolgen, mit  
allen, die sich in ihren Ländern für Armutsverringerung, die Verringerung der sozialen  
Ausgrenzung und der Ungleichheit, für Beschäftigten- und Gewerkschaftsrechte, gegen  
Korruption sowie für demokratische Mitbestimmung, für Umweltschutz und für die Rechte  
von Indigenen einsetzen.

## Antrag G12.001.1

Änderungsantrag zu G12

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

### Zeile 1 - 2

1 (Die Anträge G12, G14 und G08 werden zusammengeführt und durch folgenden Antrag  
ersetzt. Die aktuellsten Entwicklungen konnten innerhalb der Frist zur Einreichung von  
Änderungsanträgen noch nicht berücksichtigt werden. Aufgrund der sich permanent  
ändernden Lage wird für den Parteitag eine Aktualisierung vorzunehmen sein.)

2 **Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost - Für eine friedenspolitische Wende**  
**~~im Krieg Israels gegen Palästina!~~**

Es braucht eine sofortige friedenspolitische Wende im Nahen Osten. Die Bundesregierung  
muss aufhören Krieg und Eskalation durch Waffenlieferungen zu unterstützen und endlich  
aktiv eine politische Lösung vorantreiben.

Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober letzten Jahres in Israel tobt im Gazastreifen und im Grenzgebiet zwischen Israel & dem Libanon ein brutaler Krieg. Auch im Westjordanland und in Israel kommt es immer wieder zu militärischer Gewalt und Terror-Anschlägen. Die Bilanz ist verheerend: über 40.000 Menschen wurden im Gazastreifen bereits getötet – viele davon Zivilisten– und über 90.000 verletzt. Im besetzten Westjordanland wurden seit dem 7. Oktober über 660 Palästinenser\*innen getötet und 5.600 verletzt. Auch fast 2000 Israelis, Zivilisten wie Soldaten, wurden getötet, Tausende verletzt. Israel hat den schlimmsten Terrorangriff seit seiner Gründung erlebt. Auf allen Seiten ist es zu schweren Kriegsverbrechen gekommen. Der Ankläger am Internationalen Strafgerichtshof hat einen Haftbefehl gegen Israels Regierungschef und Verteidigungsminister sowie gegen drei Hamas-Anführer beantragt. In Gaza wie in Nordisrael und im Südlibanon wurden zehntausende Menschen in die Flucht getrieben und traumatisiert. Die humanitären Bedingungen im Gazastreifen sind katastrophal, viele Häuser und auch die zivile Infrastruktur sind weitgehend zerstört. Zugleich werden immer noch israelische Geiseln von der Hamas in Tunneln festgehalten. Auch im Südlibanon eskaliert die Situation immer mehr: Die Hisbollah beschießt Israel seit Monaten immer wieder mit Raketen. Israel bombardiert den Süden des Libanon massiv und hat tausende Angriffe auf Hisbollah-Mitglieder durchgeführt. Dabei wurden über 600 Menschen getötet, tausende Weitere schwer verletzt, darunter viele Unbeteiligte. Nun droht auch noch eine Bodenoffensive. Die Folgen für die Zivilbevölkerung im ohnehin wirtschaftlich und politisch instabilen Libanon sind insgesamt verheerend. Auch in Europa hat die Eskalation im Nahen Osten zu einem starken Anstieg von Rassismus und Antisemitismus geführt. Es gibt zahlreiche Angriffe auf muslimische wie jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Anlässlich propalästinensischer Demonstrationen ist es vielfach zu Polizeigewalt und der massiven Einschränkung von demokratischen Grundrechten gekommen.

Der Krieg zeigt erneut das Scheitern einer militaristischen Sicherheitspolitik wie die Untauglichkeit jeder Eskalationsstrategie für eine Lösung des komplexen Nahost-Konfliktes. Eine Lösung kann es nur geben, wenn die berechtigten Interessen von

Israelis und Palästinensern endlich anerkannt und Völker- wie Menschenrechte für alle und ohne doppelte Standards garantiert werden. Israel hat ebenso ein Recht auf Sicherheit und Selbstverteidigung wie die Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat. Für eine friedliche Lösung ist es notwendig den Scharfmachern auf beiden Seiten konsequent entgegen zu treten. Denn weder die extrem rechten Teile der israelischen Regierung noch die Fundamentalisten von Hisbollah und Hamas haben ein Interesse an einem gerechten Frieden. Im Gegenteil: Während Mitglieder der israelischen Regierung offen rassistische Vertreibungspläne äußern und unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung die völkerrechtswidrige Besatzung des Westjordanlandes sowie die Vertreibung von Palästinenser vorantreiben, drohen die Islamisten von Hisbollah und Hamas mit der Zerstörung Israels und verbreiten offenen Antisemitismus. Dabei werden sie von den Klerikalfaschisten des iranischen Regimes angeleitet und aufgerüstet, das seine internationalen Verbündeten zu Angriffen auf Israel aufruft. Auf der anderen Seite unterstützen die USA, die NATO und die Bundesregierung Israel weiterhin diplomatisch und mit massiven Waffen- und Rüstungslieferungen, obwohl die Regierung Netanjahu offensichtlich kein Interesse an einem Ende des Krieges hat. Zugleich macht der Westen Geschäfte mit dem Regime von Erdogan in der Türkei und dem Emir von Katar, die zu den Hauptsponsoren der Hamas gehören. All das zeigt: Trotz seiner schrecklichen Folgen für viele Menschen auf beiden Seiten, gibt es Akteure, die politisch und wirtschaftlich von einer weiteren Eskalation des Konfliktes profitieren. Damit muss endlich Schluss sein!

Wir sagen: Wir müssen raus aus der Sackgasse von Nationalismus, Eskalation und Militarismus! Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen und

palästinensischen Opfern. Wir stehen gegen Rassismus und Antisemitismus und verurteilen unmissverständlich alle Kriegsverbrechen und alle Verstöße gegen das Völkerrecht. Es braucht dringend eine politische Lösung.

Aus der Geschichte des Holocaust und des Antisemitismus ist der Staat Israel eine historische Notwendigkeit, die niemals zur Debatte steht. Zugleich müssen Menschen- und Völkerrecht für alle gelten. Das bleibt unsere Verantwortung, gerade in diesen Zeiten. DIE LINKE steht daher für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt Palästinas, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästinas, einschließlich der Möglichkeit einvernehmlichen Gebietsaustauschs auf Grundlage der UN-Resolutionen. Im gemeinsamen Prozess um die Zukunft der Region müssen Israelis und Palästinenser\*innen gleichberechtigt beteiligt sein.

Wir fordern:

-Einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und einen Stopp der wechselseitigen Angriffe, im Gaza-Streifen, im Libanon, Nordisrael und im Westjordanland!

-Hilfe leisten! Die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten.

-Schluss mit den Waffenlieferungen in die Region, keine Profite mit dem Krieg! Deutschland muss seinen Nachschub für den Krieg stoppen und so den Druck für einen sofortigen Waffenstillstand erhöhen.

-Die Anerkennung Palästinas! Dreiviertel aller UN-Staaten haben Palästina bereits anerkannt. Es ist Zeit, dass Deutschland sich dem überwiegenden Teil der Weltgemeinschaft und auch vielen Menschen in Israel anschließt, sich aktiv hinter eine Zwei-Staaten-Lösung stellt und den Druck für eine politische Lösung erhöht. Zugleich sind Sicherheitsgarantien und eine Anerkennung Israels durch die Staaten der Region nötig.

-Schluss mit Besatzung, Vertreibung und Siedlungsbau! Die israelische Besatzung der Westbank und Ostjerusalems stellt einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Israel ist verpflichtet, die Besatzung zu beenden und sofort rechtsstaatliche Standards und gleiche Rechte für alle zu garantieren. Die Hisbollah muss sich entsprechend der UN-Resolution aus dem Grenzgebiet zu Israel zurückziehen.

-Dem Terrorismus muss der Geldhahn abgedreht werden! Das bedeutet auch die Kooperation mit Regimen wie dem Iran und Katar, die Israels zerstören wollen oder die Hamas sowie andere Fundamentalisten finanziell unterstützen auf den Prüfstand zu stellen. Wir sagen: keine dreckigen Deals mit Diktatoren, keine Doppelmoral.

-Geflüchtete schützen! Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland umgehend den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten und vor Abschiebung geschützt werden. Es braucht die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen das den betroffenen Menschen einen gesicherten Status und damit eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, die aktuelle Praxis des BAMF zu beenden, wonach Anträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza zu unübersichtlich sei.

-In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an -Demonstrationen für den Frieden, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine friedliche 2 Staaten-Lösung positionieren. Wir organisieren Veranstaltungen zur Aufklärung über den Krieg und über die Situation in Israel und Palästina und erarbeiten entsprechend Materialien. Dabei arbeiten wir mit Bündnispartnern zusammen, die sich klar gegen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stellen.

# Antrag G12.001.2

Änderungsantrag zu G12

Antragsteller\*in: Christoph Spehr, Dana Engelbrecht, Lars Hilbig und weitere

## Zeile 1 - 2

1 Zeilen 1 bis 80 ersetzen durch:

2 ~~Deeskalation und Abrüstung für Frieden in Nahost – Für eine friedenspolitische Wende im Krieg Israels gegen Palästina~~Frieden , Gerechtigkeit und gegenseitige Sicherheit in Nahost

## Zeile 3 - 15

~~3 Die Linke setzt sich für eine sofortige friedenspolitische Wende im Krieg Israels  
4 gegen Palästina und für Frieden im Nahen Osten im Sinne des Völkerrechts ein. Sie  
5 verurteilt unmissverständlich alle Kriegsverbrechen und alle Verstöße gegen das  
6 Völkerrecht. Wir verurteilen die israelische Besatzung Palästinas, die vielen  
7 Massaker Israels seit Jahrzehnten im Gazastreifen, in Ostjerusalem und der Westbank,  
8 die völkerrechtswidrige Blockade des Gazastreifens seit 2007 und die Gefangennahme  
9 und Folter von Palästinenser\*innen – und ebenso die systematische Entrechtung der  
10 Palästinenser\*innen sowie den seit Oktober 2023 andauernden Vernichtungskrieg Israels  
11 gegen die Palästinenser\*innen im Gazastreifen, bei dem laut Internationalem  
12 Gerichtshof (IGH) der Vorwurf des Völkermords plausibel ist. Wir verurteilen das  
13 Massaker der Hamas in Israel, die Geiselnahmen und die Raketenangriffe der Hamas auf  
14 Israel. Ebenfalls verurteilen wir die Waffenlieferungen von Deutschland, USA und  
15 anderen Staaten an Israel. Wir lehnen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ab.~~

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas einen verheerenden Terrorangriff auf israelisches Gebiet. Ziel des Angriffs war das Massaker an 695 israelischen Zivilist\*innen, darunter allein 364 Teilnehmer\*innen eines Musikfestivals. 243 Menschen wurden als Geiseln verschleppt. Der Angriff und das Massaker waren geplant und von langer Hand vorbereitet. Er erfolgte mit extremer Brutalität und unter gezieltem Einsatz von sexualisierter Gewalt. Der Angriff diente auch dem Ziel, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und verschiedenen arabischen Staaten zu zerstören.

Israel nahm sein Recht auf Selbstverteidigung wahr und begann eine Bodenoffensive zur Befreiung der Geiseln und zur Ergreifung der Täter und Verantwortlichen. Dabei wurden und werden auch zivile Objekte bombardiert, von denen viele seitens der Hamas als Deckung für militärische Stützpunkte benutzt werden. Die israelische Regierung verhängte eine Blockade von Gaza.

Die Linke schloss sich auf dem Parteitag in Halle im November 2023 den Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand und der Freilassung aller Geiseln an. Trotz internationaler Bemühungen und erster Erfolge, namentlich der Feuerpause und der Freilassung von 105 Geiseln, wurde dieser Weg letztlich von beiden Kriegsparteien blockiert.

Ein Jahr nach dem Terrorangriff und dem Beginn der Bodenoffensive ist die Bilanz des Konfliktes katastrophal. Bis zum Juli 2024 wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums von Gaza etwa 40.000 Palästinenser\*innen getötet. Von den 115 Geiseln, die weder ausgetauscht noch militärisch befreit wurden, ist eine ungeklärte Anzahl tot, die anderen befinden sich weiter in der Gewalt der Hamas. Die zivile Infrastruktur im Gazastreifen ist weitgehend zerstört, die humanitäre Situation beängstigend. Mit der israelischen Bodenoffensive im Libanon, den Raketenangriffen des Iran und den israelischen

Tötungsschlägen in beiden Staaten droht zunehmend ein umfassender Nahostkrieg.

Die Regierung Netanjahu will den Krieg ausweiten und den Libanon, möglicherweise auch den Iran zum Ziel machen. Sie will durch militärische Stärke ihre längerfristigen Pläne durchsetzen, die Unabhängigkeit und Souveränität eines palästinensischen Staates mit allen Mitteln zu vereiteln. Der Krieg dient ihr auch als Mittel zum eigenen Machterhalt.

Das iranische Regime rüstet seit Jahren Hamas, Hisbollah und Huthi auf und unterstützt sie in ihren militärischen Aggressionen. Sie will den israelisch-palästinensischen Konflikt vertiefen und unlösbar machen, über die von ihr ausgerüsteten Milizen zur dominierenden Regionalmacht werden und eine Annäherung zwischen Israel und Teilen der arabischen Staaten um jeden Preis verhindern.

Die Hamas hat im Gaza ein Regime errichtet, das fundamental auf Hass und Vernichtungswunsch gegenüber Israel gegründet ist und davon zusammengehalten wird. Der Umbau von Gaza zu einer Angriffsplattform gegen Israel zeigt das ebenso wie die Gleichgültigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung, die durch die Nutzung ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke zum Angriffsziel gemacht wird.

Die bisherigen Friedensbemühungen reichen nicht aus. Die Fortführung und Ausweitung der Kampfhandlungen sind nicht zu rechtfertigen. Nötig sind ein Waffenstillstand, die Fortsetzung der Geiselfreilassung, eine Friedenskonferenz und ein international erarbeiteter Friedensplan, der Übergangsschritte und Sicherheitsgarantien enthält. Dies fordern wir mit Nachdruck und ohne vorherige Bedingungen.

Das wird nur zu erreichen sein, wenn die jeweiligen Bündnispartner mehr Druck auf alle beteiligten Regierungen ausüben. Dies muss in koordinierter Weise erfolgen und Perspektiven anbieten; eine einseitige Aufkündigung von Unterstützung kann und wird es nicht geben.

Eine Schlüsselfrage ist die fehlende wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Souveränität und des staatlichen Existenzrechts. Deutschland und die EU sollten sich für eine Initiative zur wechselseitigen staatlichen Anerkennung einsetzen, an deren Ende die Anerkennung von Israel und Palästina durch möglichst alle Staaten der Weltgemeinschaft steht.

Das Massaker an Israelis, die hohe palästinensische Opferzahl und verzweifelte Situation der Bevölkerung im Gaza, und jetzt die Gefahr eines immer größeren Regionalkriegs, lösen weiterhin tiefe Betroffenheit überall auf der Welt aus. Diese Anteilnahme, ebenso die Verbindung mit eigenen Erfahrungen von Ausgrenzung und Ungerechtigkeit, sind absolut legitim und müssen auch öffentlich ausgedrückt werden können. Voraussetzung für unsere Teilnahme an Bündnissen und Aktionen ist aber, dass sie auf der Grundlage stattfinden, auf der allein der Konflikt beendet werden kann, nämlich der gegenseitigen Wahrnehmung von Leid, Betroffenheit und erlittenem Unrecht, und der Anerkennung des Existenzrechts von Israel und Palästina.

#### **Zeile 16 - 24**

~~16 Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den israelischen und palästinensischen  
17 Opfern. Der Konflikt kann nur durch die Beendigung der israelischen Besatzung von  
18 Gazastreifen, Westbank und Ostjerusalem gelöst werden – entsprechend dem Völkerrecht.  
19 Dafür muss sich die Bundesrepublik einsetzen. Die Bundesregierung ist, wie alle  
20 Staaten, nach dem Völkerrecht verpflichtet, jederzeit zur friedlichen Lösung und auch  
21 Beilegung von Kriegen und Konflikten beizutragen. Sie hat jedoch das genaue Gegenteil  
22 getan und den Krieg gegen Palästina sowohl auf militärischer als auch auf  
23 diplomatischer Ebene uneingeschränkt unterstützt – und damit, was die Bemühung um  
24 Frieden angeht, auf ganzer Linie versagt.~~

## **Zeile 25 - 28**

25 ~~Am 19. Juli 2024 stellte der Internationale Gerichtshof (IGH) sein Rechtsgutachten~~  
26 ~~zur israelischen Besatzungspolitik vor, das am 20. Dezember 2022 von der UN-~~  
27 ~~Vollversammlung angefordert worden war. In seinem Gutachten bestätigte der IGH sehr~~  
28 ~~deutlich, was die Kritiker\*innen der israelischen Besatzung seit Jahrzehnten sagen:~~

## **Zeile 29 - 31**

29 • ~~Die israelische Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems~~  
30 ~~stellen einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht dar und dies von Anfang~~  
31 ~~an, weil Israel die Besatzung von Anfang an als dauerhaft ansah.~~

## **Zeile 32 - 34**

32 • ~~Israel ist verpflichtet, die Besatzung „so schnell wie möglich“ zu beenden. Der~~  
33 ~~Siedlungsbau ist „unverzüglich“ einzustellen. Israel muss alle Siedler\*innen aus~~  
34 ~~allen besetzten Gebieten wieder umsiedeln.~~

## **Zeile 35 - 37**

35 • ~~Israel ist rechtlich verpflichtet, allen natürlichen und juristischen Personen~~  
36 ~~für die durch die Besatzung entstandenen Schäden und Nachteile Reparationen zu~~  
37 ~~leisten.~~

## **Zeile 38 - 41**

38 • ~~Das palästinensische Volk hat ein unbedingtes Recht auf Selbstbestimmung, das an~~  
39 ~~keine Vorbedingungen von israelischer Seite gebunden ist. Für ein freies~~  
40 ~~Palästina braucht es also keine Friedensverhandlungen mit Israel. Auch die Oslo-~~  
41 ~~Abkommen haben das Recht auf Selbstbestimmung nicht außer Kraft gesetzt.~~

## **Zeile 42 - 45**

42 • ~~Die Vereinten Nationen und alle Staaten sind verpflichtet, diesen Zustand, der~~  
43 ~~durch die "unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten~~  
44 ~~palästinensischen Gebieten" entstanden ist, nicht anzuerkennen und alles zu~~  
45 ~~unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Weise unterstützt.~~

## **Zeile 46 - 48**

46 • ~~Der UN-Sicherheitsrat und die UN-Vollversammlung sollen prüfen, wie man die~~  
47 ~~Anwesenheit Israels in den besetzten Gebieten so schnell wie möglich beenden~~  
48 ~~kann.~~

## **Zeile 49 - 53**

49 ~~Das Gutachten wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Es ist wie alle IGH-~~  
50 ~~Gutachten nicht rechtsverbindlich, aber es wird den internationalen politischen Druck~~  
51 ~~auf Israel und unterstützende Staaten im aktuellen Gaza-Krieg und darüber hinaus~~  
52 ~~weiter erhöhen. In diesem Sinn wirkt die Linke bundesweit in der Öffentlichkeit und~~

53 ~~mit Anträgen und Diskussionen im Bundestag und fordert von der Bundesregierung~~

#### **Zeile 54**

54 ~~1. die Waffenlieferungen an Israel unverzüglich einzustellen;~~

#### **Zeile 55 - 57**

55 ~~2. entsprechend dem IGH-Gutachten vom 19. Juli 2024 den Staat Palästina in den~~  
56 ~~Grenzen von 1967 anzuerkennen, die Unterstützung der israelischen Besatzung zu~~  
57 ~~beenden und alles zu unterlassen, was die Besatzung in irgendeiner Weise unterstützt;~~

#### **Zeile 58**

58 ~~3. sich einzusetzen für:~~

#### **Zeile 59 - 61**

59 • ~~einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina~~  
60 ~~und Israel im Sinne der UN-Resolution 2795 des UN-Sicherheitsratsrats vom~~  
61 ~~10. Juni 2024,~~

#### **Zeile 62 - 63**

62 • ~~die sofortige ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im~~  
63 ~~Gazastreifen,~~

#### **Zeile 64 - 65**

64 • ~~den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere~~  
65 ~~Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten,~~

#### **Zeile 66 - 67**

66 • ~~die Freilassung der Geiseln der Hamas sowie der von Israel inhaftierten~~  
67 ~~Palästinenser:innen\*,~~

#### **Zeile 68 - 69**

68 • ~~das Ende der israelischen Besatzung Ostjerusalems, der Westbank und des~~  
69 ~~Gazastreifens,~~

#### **Zeile 70**

70 • ~~die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens, bis Israel die Besatzung beendet,~~

#### **Zeile 71 - 72**

71 • ~~den Stopp der Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung in~~  
72 ~~Deutschland.~~

## **Zeile 73 - 76**

73 ~~Dafür beteiligen wir uns als Die Linke an Solidaritäts-Demonstrationen für Palästina,~~  
74 ~~machen Infotische und Veranstaltungen zur Aufklärung über den Krieg und über die~~  
75 ~~Situation in Israel und Palästina und erarbeiten entsprechend Positionspapiere für~~  
76 ~~die Auseinandersetzung innerhalb der Partei.~~

## **Zeile 77 - 80**

77 ~~-----~~  
78 ~~\*Der israelische Staat hält weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter~~  
79 ~~viele Minderjährige zu Unrecht gefangen. Denn die Gefangennahme verstößt gegen~~  
80 ~~internationales Recht und Kriegsrecht.~~

## **Begründung**

Der Antrag ist in der vorliegenden Fassung nicht geeignet für eine Positionierung der Linken zum Krieg im Nahen Osten. Er unterstellt, dass eine Beendigung der israelischen Besetzung Palästinas ausreichend wäre, um Frieden herbeizuführen. Dies verkennt, dass die Hamas und das iranische Regime das offizielle Ziel der Beseitigung der staatlichen und physischen Existenz Israels verfolgen, und dass die Hamas diese Haltung mit dem Terrorangriff vom 7. Oktober unmissverständlich praktiziert hat. Eine realistische Perspektive auf einen gerechten und dauerhaften Frieden setzt voraus, die Hindernisse dafür auf allen beteiligten Seiten wahrzunehmen. Eine Beteiligung an Solidaritäts-Demonstrationen für Palästina, die Vernichtungswünschen gegenüber Israel Raum geben, kann für uns auch weiterhin nicht in Frage kommen.

Der Änderungsantrag knüpft am Beschluss des Augsburger Parteitags an, trägt aber auch der veränderten Situation Rechnung.

## **weitere Antragstellende**

Klaus Lederer (LV Berlin, Delegierte/r), Caren Nicole Lay (LV Sachsen, Delegierte/r), Luise Neuhaus-Wartenberg (LV Sachsen, Delegierte/r)

# Antrag G14.001.1

Änderungsantrag zu G14

**Antragsteller\*in:**

Parteivorstand

Der Antrag G14 wird ersetzt durch [G12.001.1](#) und dort mit weiteren zusammengeführt.